

## Projekt „Chancen gleich(heit) prüfen – Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“

### Kurzinformation

Projektverantwortlich: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

Projektpartner:

- Landesstelle für Chancengleichheit - Brandenburg
- Referatsgruppe Gleichstellung und Antidiskriminierung in der Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg (ehemals Arbeitsstelle Vielfalt)

Strategische Partner:

- Landeshauptstadt Stuttgart (Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern)
- Stadt Nürnberg

Laufzeit: November 2010 bis Dezember 2011

Gefördert im Rahmen des EU-Programms PROGRESS, das die Mitgliedsstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die sich aus den europäischen Gleichbehandlungsrichtlinien ergeben, unterstützt.

### I. Hintergrund / Ausgangssituation

Länder und Kommunen spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, unabhängig von Merkmalen wie Alter, Behinderung, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion / Weltanschauung oder sexuelle Identität Chancengleichheit sicherzustellen.

Seit vielen Jahren gibt es Regelungen und Vorschriften aber auch erfolgversprechende Strategien und Instrumente die einen positiven Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt zum Ziel haben und die bereits eingesetzt werden. Diese beziehen sich in der Regel jedoch auf ein bestimmtes Merkmal wie ethnische Herkunft oder Geschlecht (Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung oder Gender Mainstreaming).

Durch die europäischen Gleichbehandlungsrichtlinien wurde der Schutz vor Benachteiligungen horizontal, d. h. verschiedene Gruppen umfassend, gestaltet und entsprechende Bemühungen zur Herstellung von Chancengleichheit haben dadurch neue Impulse erhalten.

Seit Inkraft-Treten des AGG im Jahr 2006 sind auch in Deutschland Länder und Kommunen als Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen und als Arbeitgeber direkt gefordert, ungerechtfertigte Benachteiligungen in ihren Verantwortungsbereichen zu verhindern. Das AGG eröffnet ihnen auch Handlungsspielräume und konkrete Möglichkeiten, um Chancengleichheit aktiv zu fördern und Diskriminierungsschutz verstärkt umzusetzen.

Beispiele für Aktivitäten, die vor dem Hintergrund des AGG stattfinden, sind die Einrichtung von Beschwerdestellen in kommunalen Verwaltungen oder Initiativen auf Landesebene zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

Trotz der – recht neuen – europäischen und nationalen Impulse für eine umfassendere Verankerung von Chancengleichheit werden bereits bestehende Einzelstrategien und Maßnahmen bisher nur selten in ein Gesamtkonzept integriert. Es stellt sich die Frage, inwieweit bereits erprobte Strategien und Instrumente sich eignen, um das Recht auf Chancengleichheit auch umfassender zu gewährleisten (Berücksichtigung sämtlicher AGG-Merkmale). Welche regionalen Bedingungen und methodische und strukturelle Anforderungen werden für eine solche Gleichbehandlungsstrategie benötigt? Um dies zu beantworten, bedarf es einer genaueren Analyse der bisher erfolgreichen Einzelmaßnahmen und eines Diskussionsprozesses, in dem Verwaltungen nach Lösungsmöglichkeiten für umfassendere und praxisnahe Ansätze eines Mainstreamings von Chancengleichheit suchen und selbst geeignete Wege entwickeln können.

Das Projekt „Chancen gleich(heit) prüfen“ ist eingebunden in die „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) im Februar 2011 gestartet wird. Diese hat zum Ziel, Betroffene von Diskriminierung bestmöglich zu unterstützen und sieht hierfür verschiedene Bausteine vor. Das Projekt ist Teil des Bausteins „Koalition gegen Diskriminierung. Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen verstärken“.

## **2. Ziele und Projektbausteine**

**Ziel** des Projekts ist es, Länder und Kommunen bei der Weiterentwicklung und optimalen Umsetzung vorhandener, erfolgreicher Instrumente und Strategien zur Herstellung von Chancengleichheit zu unterstützen.

Das Projekt besteht aus **zwei zentralen Bausteinen**:

- Forschung zu Mainstreaming von Chancengleichheit in der Verwaltung
- Veranstaltungsreihe für Verantwortliche aus Ländern und Kommunen

Im Rahmen des Bausteins **Forschung** wird eine mehrteilige Studie zum Thema *Mainstreaming von Chancengleichheit* erstellt. Sie beinhaltet vor allem eine Analyse bestehender Instrumente und Erfahrungen zur Umsetzung von Gleichbehandlung in Ländern und Kommunen.

Außerdem werden Expertisen zu Beispielen guter Praxis in anderen europäischen Ländern und zur Frage, ob und wie Auditierungsverfahren eine geeignete Möglichkeit zur Umsetzung eines Mainstreamings von Chancengleichheit bieten, erarbeitet. In insgesamt vier Länder- und Kommunalverwaltungen, die Partner des Projekts sind, werden die Feldforschungen durchgeführt<sup>1</sup>. Ziel der Studien ist es, das Potential bereits vorhandener, zielgruppenspezifischer Strategien und Maßnahmen zu ermitteln. Dabei soll in den Blick genommen werden, inwieweit diese übertragbar oder anpassungsfähig sind, um Chancengleichheit umfassender - d. h. verschiedene Zielgruppen einschließend – zu verankern.

Im Baustein **Veranstaltungsreihe** wird eine zweiteilige Workshopreihe für Verantwortliche in Ländern und Kommunen angeboten (Mitte Sept. / Anfang Dez. 2011).

Die Workshops setzen an den Ergebnissen der o. g. mehrteiligen Studie an und bieten Vertreterinnen und Vertretern aus Länder- und Kommunalverwaltungen die Möglichkeit, sich intensiv mit den Ergebnissen der Studie sowie mit Impulsen aus der Praxis von Verwaltungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zum Thema Vielfalt und Gleichbehandlung auseinander zu setzen. In diesem Rahmen können Wissen, Erfahrungen und gute Praxis ausgetauscht und – nicht zuletzt – gemeinsam geeignete Lösungswege entwickelt werden, wie Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe in Verwaltungen umgesetzt werden kann (Diversity Mainstreaming).

### **3. Beteiligte und Zielgruppe des Projekts**

Das Projekt ist als Partnerschaftsprojekt mit insgesamt vier Partner-Verwaltungen (Länder oder Kommunen) konzipiert. Unterschieden wird zwischen Projektpartnern und strategischen Partnern.

Alle Partner ermöglichen die Durchführung der regionalen Feldforschungen in ihren Verwaltungen im Rahmen des Bausteins Forschung und unterstützen diese durch ihr einschlägiges Wissen z. B. über Instrumente und Schlüsselpersonen im Zusammenhang mit Diversity und Chancengleichheit. Sie nutzen die Möglichkeit, den Ist-Zustand sowie Entwicklungsmöglichkeiten zu Diversity und Chancengleichheit zu ermitteln und sich untereinander sowie mit anderen Teilnehmenden aus Kommunen und Ländern während der Workshops auszutauschen. Die Projektpartner - die Arbeitsstelle Vielfalt in der Justizbehörde Hamburg sowie die Landesstelle für Chancengleichheit - Brandenburg (mit der das Projekt gemeinsam konzipiert

---

<sup>1</sup> Die Feldforschungen werden nach einem Forschungsdesign, das in Abstimmung mit den Projektpartnern entwickelt wird, in den jeweiligen Partner-Verwaltungen durchgeführt (April-Juni). In drei Fällen durch extern und in einem Fall durch intern eingesetzte Forscher/innen.

wurde) – sind darüber hinaus umfassender in die Projektdurchführung eingebunden. Sie begleiten das Projekt aktiv über die gesamte Laufzeit hinweg und sind bspw. auch verantwortlich für die Durchführung eines Workshops.

Die Projektaktivitäten bieten sowohl den direkt beteiligten Partner-Verwaltungen als auch externen Interessierten aus Landes- und Kommunalverwaltungen einerseits die Möglichkeit, in einen intensiven Austausch über bereits angewendete Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit, deren Entstehungskontexten und –bedingungen sowie über Herausforderungen in der Praxis zu treten und gegenseitig von Wissen, Erfahrungen und Ideen zu profitieren. Darüber hinaus bietet das Projekt allen Beteiligten einen Rahmen dafür, in einem Kreis von Expert/innen, Zuständigen und Interessierten, Ideen und Ansätze für eine bedarfsgerechte Umsetzung eines Gleichbehandlungs-Mainstreamings zu entwickeln.

#### 4. Ergebnisse

Die im Rahmen des Projekts erarbeiteten Ergebnisse werden mit Ende der Laufzeit in einer **Handreichung** festgehalten, so dass Ländern und Kommunen eine praxisnahe Anleitung bei der Verankerung von Gleichbehandlung zur Verfügung stehen wird.

